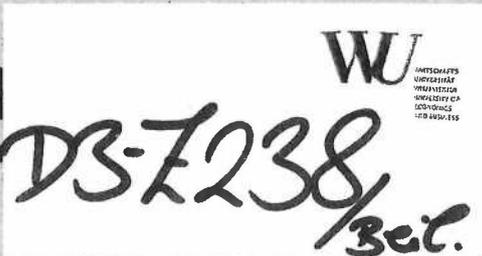


Soziales Re



Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August-Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit



Abhandlungen

Verarbeitung ärztlicher Befunde und Gutachten im arbeits- und sozialrechtlichen Kontext im Lichte des neuen Datenschutzrechts

Dirk Bieresborn

Seite 245

EU-Betriebsräte und transnationale Festlegung der Arbeitsbedingungen: Auf der Suche nach einem Kompromiss zwischen Tarifautonomie und Mitwirkung

Edoardo Ales

Seite 258

Rezensionsaufsätze

Simon Gerdemann, Transatlantic Whistleblowing – Rechtliche Entwicklung, Funktionsweise und Status quo des Whistleblowing in den USA und seine Bedeutung für Deutschland

Ninon Colneric

Seite 267

Hubertus Reinbach, Das gewerkschaftliche Streikmonopol – der Streik zwischen Verfassung und Völkerrecht

Bernd Waas

Seite 274

Marc Reuter, Ghettorenten – Probleme einer Konkretisierung des Begriffs »Beschäftigungs-/Arbeitsverhältnis«

Karl-Jürgen Bieback

Seite 278

Inhalt

EDITORIAL	Prof. Dr. Otto Ernst Krasney	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Heinz-Dieter Gottlieb</i> Die Gesamtverantwortung der Schiedsstelle nach § 76 SGB XI für die Leistungsgerechtigkeit und Angemessenheit ihrer Festsetzungen	329
	<i>Prof. Dr. Christian Schrader</i> Verbraucherklage durch Behindertenverbände	336
	<i>Dr. Steffen Roller</i> Der krankensicherungsrechtliche Anspruch auf Cannabis nach Genehmigungsfiktion	343
	<i>Johann Remé</i> Unfallversicherungsschutz bei Wegen zwischen einem dritten Ort und dem Ort der Tätigkeit	352
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung <i>Bundessozialgericht</i>	360
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
PFLEGEVERSICHERUNG	<i>Anpassung von Pflegesätzen/Schiedsspruch/Plausibilitätskontrolle</i> §§ 85, 87, 76, 70 SGB XI Urteil des 3. Senats des BSG vom 26.9.2019 – B 3 P 1/18 R – ECLI:DE:BSG:2019:260919UB3P118R0 – <i>Anmerkung von Prof. Heinz-Dieter Gottlieb, Hildesheim</i>	365
ARBEITSLSENVERSICHERUNG	<i>Ganzjährige Beschäftigung/Kurzarbeitergeld/Territorialitätsprinzip</i> § 30 SGB I; §§ 175 Abs. 3, 175a Abs. 3 SGB III; § 4 SGB V; VO (EG) Nr. 883/2004 Urteil des 11. Senats des BSG vom 7.5.2019 – B 11 AL 11/18 R – ECLI:DE:BSG:2019:070519UB11AL1118R0 – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichenhofer, Berlin</i>	374
UNFALLVERSICHERUNG	<i>Wegeunfall/Briefeinwurf</i> § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII; Art. 3 Abs. 1 GG Urteil des 2. Senats des BSG vom 7.5.2019 – B 2 U 31/17 R – ECLI:DE:BSG:2019:070519UB2U3117R0 – <i>Anmerkung von Karl-Friedrich Köhler, Kassel</i>	379
SOZIALHILFE	<i>Schulbegleitung/Pädagogische Arbeit/Leistungsnichterbringung Schulträger</i> §§ 2, 53 Abs. 1 S. 1, § 54 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB XII; § 12 Nr. 1 BSHG Urteil des 8. Senats des BSG vom 18.7.2019 – B 8 SO 2/18 R – ECLI:DE:BSG:2019:180719UB8SO218R0 – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Peter Mrozynski, Gauting</i>	386
SCHRIFTTUM	v. Koppenfels-Spies, Sozialrecht	392
GESAMTSCHAU		V



SOZIALE SICHERHEIT

FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG



Vom Hilflosenzuschuss zum Pflegegeld

Die Langzeitpflege in Österreich im Wandel der Zeiten

Primärversorgung

Primärversorgungseinheiten als Arbeitsplatz

Primärversorgung und MTD-Berufe

Recht und Pflege

Rund-um-die-Uhr-Intensivpflege – doch keine Erstattung der Kosten nach Marktpreisen

Leistungen der Krankenversicherung

Der Umfang der Krankenbehandlung in der gesetzlichen Krankenversicherung und deren finale Finanzierungsverantwortung

Digitalisierte Arbeitswelt

Die Europäische Arbeitsbehörde



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Mai-Ausgabe der Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit“ wendet sich eingangs ein weiteres Mal dem Thema „Corona-Pandemie“ zu und widmet sich schwerpunktartig den Leistungen der Krankenversicherung sowie der Pflege.



Der Hygiene-Experte und Tropenmediziner Prof. Dr. Ojan Assadian gibt im Interview seinen aktuellen Wissens- und Informationsstand zum SARS-CoV-2-Erreger bekannt sowie seine Sicht zu den gegenwärtigen Maßnahmen der österr. Bundesregierung.

Prof. Dr. Johannes Rudda bietet in seinem Fachbeitrag einen Aufriss zur Geschichte und Entstehung des Pflegegeldes im Jahr 1993

und leistet auch eine Bewertung der Situation der Pflege während der aktuellen Krise durch das sogenannte Coronavirus.

Es folgt danach der dritte und abschließende Teil des Themenschwerpunktes zur Primärversorgung, wobei eine Autorengruppe von Vorstandsmitgliedern der „Jungen Allgemeinmedizin Österreich“ (JAMÖ) ihre Sicht als künftige Hausärzte im Rahmen der Primärversorgungseinrichtungen darlegt, aber auch ihre Wünsche formuliert. In weiterer Folge gibt die Präsidentin von MTD-Austria, Mag. Gabriele Jaksch, einen Überblick, inwieweit die gehobenen medizinisch-technischen Berufe ihre Dienste in der Primärversorgung ausüben und leisten können.

Mag. Jiri Novak (ÖGK) nimmt sich in seinem daran anschließenden Artikel einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes an und erläutert diese im Detail. Es geht dabei um die Höhe der durch einen Krankenversicherungsträger zu ersetzenden Kosten für eine Rund-um-die-Uhr-Intensivpflege. Im zur Entscheidung gestandenen Fall spielte der Grenzbereich zwischen Krankenbehandlung und Gebrechen eine wichtige Rolle.

Prof. Dr. Alfred Radner (Gesellschaft für Medizinrecht) befasst sich systematisch mit der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung und gibt einen Einblick in diese, indem er sie der Unfallheilbehandlung gegenüberstellt und das Gebot der sogenannten Wirtschaftlichkeit im Rahmen ärztlicher Therapieentscheidungen thematisiert. Auch geht es dabei um den Leistungsanspruch während einer Anstaltspflege sowie um die staatliche Verantwortung für den Finanzbedarf der Krankenversicherungsträger.

Abschließend gewährt Manfred Glombik (Deutschland) einen Einblick in die jüngst gegründete Europäische Arbeitsbehörde (ELA), indem er deren Tätigkeiten skizziert, die in einer digitalisierten Arbeitswelt immer mehr nachgefragt werden.


Dr. Wilhelm Donner

Aktuell

- 186 Ein Interview mit Prof. Dr. Ojan Assadian – Hygiene in Zeiten von Corona
- 187 „Bewegt im Park“ – kostenlos, ohne Anmeldung und in ganz Österreich

Neue Wege

- 189 Die Langzeitpflege in Österreich im Wandel der Zeiten
Prof. Dr. Johannes Rudda

Primärversorgung

- 196 Primärversorgungseinheiten als Arbeitsplatz
Dr. Sebastian Huter, Richard Brodng, BSc, Dr. Markus Brose, Dr. Maria Wendler
- 202 Primärversorgung und MTD-Berufe
Mag. Gabriele Jaksch

Krankenversicherung

- 206 Rund-um-die-Uhr-Intensivpflege – doch keine Erstattung der Kosten nach Marktpreisen?
Mag. Jiri Novak
- 215 Der Umfang der Krankenbehandlung in der gesetzlichen Krankenversicherung und deren finale Finanzierungsverantwortung
Prof. Dr. Alfred Radner

Internationales

- 224 Die Europäische Arbeitsbehörde
Manfred Glombik

Health System Watch II/2020

- 229 Planung von Gesundheits- und Hilfsberufen
Monika Riedel, Gerald Röhrling

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Impressum

Soziale Sicherheit, 73. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Dachverband der Sozialversicherungsträger • Redaktion: Dr. Wilhelm Donner; 1030 Wien, Kundmanngasse 21, E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 Dlx. • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, istockphoto.com, Fotolia.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) • Layout und Produktion: Atelier Indra Heim, 2751 Steinabrückl • Hersteller: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstrasse 1, 2540 Bad Vöslau • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Dachverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor

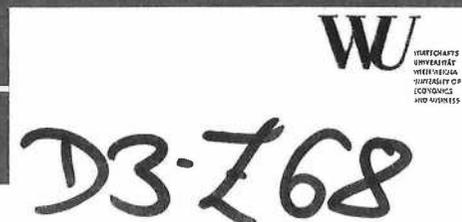
dem Verleger für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechtes mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht

30
Jahre

3 | 2020

Betriebs-Berater Europa



DIE ERSTE SEITE

Prof. Dr. Markus Ludwigs und **Patrick Sikora**, LL.M.
Vertragsverletzung durch Verfassungsgerichtsurteil?

AUFSÄTZE

Dr. Andreas Klafki, LL.M.

Der Befristete Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 der EU-Kommission, seine Umsetzung in Deutschland und Schlussfolgerungen aus seiner Anwendung | 121

Prof. Dr. jur. Walter Frenz

Beihilfenverbot und Grundrechte: Klimaschutz und Corona | 129

Prof. Dr. iur Franz Böni, lic. oec., und **Alex Wassmer**, lic. iur.

Kartellrechtliche Beurteilung der Taxi-Dienstleister in der Europäischen Union und in der Schweiz | 134

Dr. Jens Brauneck

Abhören durch App-Betrieb: DSGVO-Geldbuße für intransparente, aber rechtmäßige Datenverarbeitung? | 138

RECHTSPRECHUNG DER EU-GERICHTE

BVerfG: PSP-Programm der EZB – Verstoß gegen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz | 145

EuGH: Aussetzung der Anwendung der Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts Polens – Einstweilige Anordnung | 149

EuG: Erdgasbinnenmarkt: Erstreckung von Vorschriften der Richtlinie 2009/73/EG auf Gasfernleitungen zu und aus Drittländern – „Nord Stream 1 und 2“ | 153

EuG: Beihilfen an Luftverkehrsunternehmen über Flughafenbetreiber als Vermittler | 155

EuGH: Kassenstaatsprinzip in DBA verstößt nicht gegen Freizügigkeit – „HB“ | 158

Schlussanträge: Dienstleistungsrichtlinie: Genehmigungs- und Ausgleichspflicht für wiederholte kurzfristige Vermietung möblierten Wohnraums über Airbnb? | 159

EuGH: EuGVO: Klage gegen juristische Personen des Privatrechts, die im Auftrag eines Drittstaats eine Schiffszertifizierungstätigkeit ausüben – acta iure imperii? – „Rina“ | 161

Schlussanträge: Deliktgerichtsstand für Klagen von Fahrzeugkäufern wegen Manipulation der Motor-Abgaswerte – Schlussanträge „VKI/Volkswagen“ | 165

EuGH: Aufnahme der Telefonnummer in Musterbelehrung für das Widerrufsrecht – „EIS“ | 166

EuGH: Lagerung markenrechtsverletzender Waren für Dritte zum Versand – „Amazon“ | 169



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Rechtsanwalt (LOStA a.D.) Folker Bittmann, Köln / Richterin am Landgericht Dr. Sohré Tschakert, Lübeck</i> Der Bereicherungszusammenhang beim Quasi-Durchgangserwerb gem. § 73b Abs. 1 S. 1 Nr. 2, ggf. i.V.m. § 73c StGB, und die Haftung des Täters oder Teilnehmers dabei als „anderer“	217
<i>Richter am Landgericht Dr. David Ullenboom, Düsseldorf</i> Die Einziehung von Taterträgen in Mehrpersonenverhältnissen	223
<i>Staatsanwalt PD Dr. Tobias Ceffinato, Bayreuth/Leipzig</i> Der Irrtum des Arbeitgebers und seines Vertreters	230
<i>Rechtsanwalt Prof. Dr. Carsten Wegner, Berlin</i> Rechtsprechungsübersicht: Wirtschaftsprüfer im Fokus sanktions-, berufsrechtlich- und geheimnisbezogener Überlegungen	234

Entscheidungen

BVerfG	11.3.2020 – 2 BvL 5/17	Verfassungsmäßigkeit einer Blankettstrafnorm im LFGB (mit Anm. Bülte)	242
BGH	19.12.2019 – 1 StR 182/19	Vermögensschaden bei abredewidrigen Vermögensanlagen ...	253
BGH	21.8.2019 – 3 StR 221/18	Vermögensschaden bei Anstellungsbetrug in privatem Anstellungsverhältnis	254
BGH	18.12.2019 – 1 StR 431/19	Abgrenzung von Geldwäsche und Beteiligung an Betrug	256
BGH	26.6.2019 – 1 StR 551/18	Gefährdungsschaden und Erfüllungsfähigkeit	257
BGH	8.1.2020 – 5 StR 122/19	Vorsatzanforderungen bei Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen	260
BGH	3.3.2020 – 5 StR 595/19	Verjährungsbeginn bei Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (mit Anm. Matt)	261
BGH	28.8.2019 – NotSt (Brfg) 1/18	Dienstvergehen eines Notars	264

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	V
Bericht aus der Gesetzgebung – Straftateneinsichtsverordnung; Dokumentenerstellungs- und -überstellungsverordnung; neuer Referentenentwurf eines Verbandssanktionengesetzes	IX



Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht, Steuerstrafrecht und Unternehmensrecht

Beirat (geschäftsführend):

RA Dr. Burkard Göpfert · RAin Dr. Simone Kämpfer · RA Prof. Dr. Christoph Knauer · Prof. Dr. Hans Kudlich · RA Dr. Michael Racky (WisteV) · RA Dr. Rainer Spatscheck · RA Prof. Dr. Michael Tsambikakis · RAin Renate Verjans

Beirat:

RA Dr. Markus Adick · RA Folker Bittmann · RA Prof. Dr. Lars Böttcher · RAin Dr. Margarete Gräfin von Galen · Dr. Markus Ebner, LL.M. · RA Prof. Dr. Ferdinand Gillmeister · RA Dr. Florian C. Haus · Prof. Dr. Matthias Jahn · RA Christoph Lepper, LL.M. · RA Prof. Dr. Holger Matt · RA Dr. Bernd Rainer Mayer · RA Jes Meyer-Lohkamp · RAin Dr. Regina Michalke · RA Dr. Panos Pananis · RA Dr. Markus S. Rieder · RAin Dr. Heide Sandkuhl · RA Dr. Jörg Schauf · RAin Dr. Hellen Schilling · RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz · RA Dr. Oliver Sieg · RA PD Dr. Gerson Trüg · RA Dr. Florian Ufer · RA Nikolai Venn · RA Prof. Dr. Jochen Vetter · RA Dr. Marko Voß

Inhalt

zwh-online.de

Aufsätze

Folker Bittmann – Ein Aufschrei! – Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft

Der Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“ enthält als Kernelement den Vorschlag eines neuartigen „Verbandssanktionengesetzes“. Es sieht strafrechtsähnliche Repressionselemente vor, die sich direkt gegen wirtschaftliche Verbände als solche richten, nicht gegen die für sie handelnden Personen. Wiewohl sich die Neuregelung verbal an rechtstaatlichen Regelungen der Strafprozessordnung orientiert, atmet sie den Geist vergangener geglaubter Zeiten, in welchen der Staat die Welt in Herrschaft und Untertanen einteilte. Der Beitrag exemplifiziert dies anhand einiger Leitlinien nebst Auswirkungen auch auf das Strafverfahren. 157

Dr. Markus Rübenstahl, Mag. iur. – Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Unternehmenskriminalität – Punitives und „abspracheförderndes“ Verbandssanktionenrecht (Teil 3)

Das BMJV hat am 22.4.2020 einen Referentenentwurf zum Verbandssanktionengesetz publiziert, der Teil eines nun euphemistisch benannten Artikelgesetzes „zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“ werden soll. Die materiellen Abweichungen zum bisherigen Entwurfsstand vom 15.8.2020 sind nicht zahlreich, haben jedoch in zwei, drei Punkten erhebliche Auswirkungen und sind – wie hier zu zeigen sein wird – sehr zu begrüßen. 164

Dr. Christian Pelz / Dr. Sophia Habbe – Internal Investigations nach dem Entwurf des Verbandssanktionengesetzes

Der vor kurzem veröffentlichte Referentenentwurf (Ref-E) eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft, dessen Kernstück das Verbandssanktionengesetz (VerSanG) ist, sollte erstmals „gesetzliche Vorgaben für „Internal Investigations“ schaffen, um „Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen“. Im Folgenden soll analysiert werden, ob der Ref-E mit den Regelungen über „verbandsinterne Untersuchungen“ genannte Internal Investigations diesen Anforderungen gerecht wird. 176



Inhalt

Rechtsprechung

Wirtschaftsstrafrecht

Strafbare Untreue: Zweckwidrige Verwendung von Mandantengeldern durch einen Rechtsanwalt

(OLG Köln, Beschl. v. 30.4.2019 – 1 RVs 51/19)
m. Anm. Heiner Christian Schmidt 184

Steuerstrafrecht

Beihilfe zur Steuerhinterziehung bei Verschaffen von Abdeckrechnungen

(BGH, Beschl. v. 25.7.2019 – 1 StR 230/19)
m. Anm. Matthias Gehm 187

Neue Bücher

Wiss. Ass. Dr. Christian Brand – Jürgen Wolter (Hrsg.), StGB, Systematischer Kommentar 189

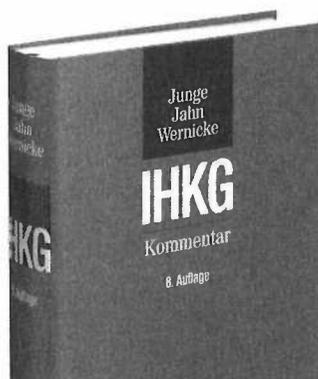
ZWH Report

Kurze Nachrichten

Kommission verstärkt Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung R5
 Experten fordern Stärkung von Europol R6
 Software-Einsatz bei Sicherheitsbehörden R6
 Stellung der Staatsanwaltschaft umstritten R6
 COVID-19-Auswirkung auf Strafverfahren R6

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul ZWH** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de



Fundamental

Das IHK-Gesetz vollständig kommentiert: Industrie- und Handelskammern finden mit diesem Werk viele Lösungen für praktische Probleme. **Gesetzgebung und Rechtsprechung umfassend aktualisiert.**

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter otto-schmidt.de

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Univ.-Prof. Dr. Rüdiger Veil, München
Europa auf dem Weg zu einem Green Bond Standard 1093
- Christian Kropf, LL.M., München
Grüne und Nachhaltige Kreditfinanzierungen – eine Übersicht zum Stand der vertragsrechtlichen und regulatorischen Entwicklungen – 1103

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- BVerfG 6.5.2020 2 BvR 331/18 Keine deutsche Gerichtsbarkeit für Umschuldung griechischer Staatsanleihen als hoheitliche Maßnahme eines ausländischen Staats 1111
- Hans. OLG Hamburg 2.3.2020 11 U 116/19 Vorabentscheidungsersuchen zur Anwendung von Art. 5 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 2271/96 - hier: Frage der Rechtmäßigkeit der Kündigung eines Telekommunikationsdienstleistungsvertrags gegenüber iranischer Bank nach Geltung von US-Sanktionen gegen Iran 1113
- Hans. OLG Hamburg 11.3.2020 13 U 141/19* Keine Nichtigkeit eines Vertrages nach § 134 BGB bei Verstoß gegen § 32 KWG, § 32 KWG als Schutzgesetz im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB sowie zum Verstoß einer Nachrangklausel gegen § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB 1116

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 7.5.2020 IX ZB 84/19* Unzulässigkeit eines allein auf Abweisung mangels einer gerichteten Eröffnungsantrags 1118

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 10.10.2019 VII ZR 1/19 Geltung der Verjährungsregelung gemäß §§ 195, 199 BGB, wenn der Besteller einen als Werkvertrag einzustufenden Reinigungsvertrag wegen Mängeln der vom Unternehmer erbrachten Reinigungsdienstleistungen kündigt und Ersatz des Schadens in Form der ihm aus der Beauftragung von Drittunternehmen entstandenen Mehrkosten verlangt 1120
- Bundesgerichtshof 19.12.2019 VII ZR 6/19 Keine Anwendung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach ein Schadensersatzanspruch des Bestellers wegen nicht beseitigter Mängel des Werks nicht in Höhe der fiktiven Kosten für die Beseitigung der Mängel bemessen werden kann, auf vor dem 1. Januar 2002 geschlossene Verträge (Bestätigung von BGH, Urteil vom 27. September 2018 = WM 2019, 413) 1123

Bundesgerichtshof	30.1.2020	VII ZR 33/19	Zur Frage, wie der Entschädigungsanspruch des Unternehmers nach § 642 BGB zu bemessen ist	1125
Bundesgerichtshof	27.2.2020	VII ZR 151/18	Keine Haftung der von Hersteller P. beauftragten Benannten Stelle gemäß der Richtlinie über Medizinprodukte gegenüber Patientinnen, denen Silikonbrustimplantate dieses Herstellers eingesetzt wurden nach den Grundsätzen eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter; zur Frage einer deliktischen Haftung dieser Stelle	1130
Bundesgerichtshof	26.2.2020	VIII ZR 267/17	Zum Rechtsmangel einer bereits bei Gefahrübergang bestehenden Eintragung eines Kraftfahrzeugs in das Schengen Informationssystem (SIS), für den der Verkäufer grundsätzlich haftet	1136

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik
aktuell

Regierungsentwurf des Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetzes

1138

Bücherschau

Wulf Goette/
Maximilian Goette

Die GmbH - Darstellung anhand der Rechtsprechung des BGH, 3. Aufl.
Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Johann Kindl, Münster

1139



www.investmentfondstag.de

9. Investmentfondstag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung



22. Oktober 2020

Informationen: Tel. +49 69 2732 567

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Vizepräsident des BGH Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelberg, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Richard-Sorge-Straße 6a/b, 07747 Jena, E-Mail: info@mediatext.de
Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,40) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,52 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2020 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main - ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

D3-Z21

BBK

► JAHRESVERZEICHNIS

www.nwb.de

► Neu ab 2019:
Lexikon Arbeitsrecht

Jahresverzeichnis 2018/2019

Mehr Inhalt als Seiten

- I. Verzeichnis der Beiträge
- II. Verzeichnis der Autoren
- III. Verzeichnis der Kurznachrichten
- IV. Digitale Mehrwerte im Modul NWB Rechnungswesen
 1. Kontierungslexikon
 2. Lexikon Lohnbüro 2018/2019
 3. Neu ab 2019: Lexikon Arbeitsrecht 2018/2019
 4. Rückstellungen von A-Z
 5. infoCenter Bilanzierung und IFRS
 6. Checklisten zum Jahresabschluss
 7. Berechnungsprogramme
 8. Digitale Merkblätter
 9. Sonderdrucke



BBK

I. Verzeichnis der Beiträge

INHALT	
2	I. Verzeichnis der Beiträge
11	II. Verzeichnis der Autoren
18	III. Verzeichnis der Kurznachrichten
24	IV. Digitale Mehrwerte im Modul NWB Rechnungswesen
24	1. Kontierungslexikon
31	2. Lexikon Lohnbüro 2018/2019
32	3. Neu: Lexikon Arbeitsrecht 2018/2019
34	4. Rückstellungen von A-Z
38	5. infoCenter Bilanzierung und IFRS
44	6. Checklisten zum Jahresabschluss
44	7. Berechnungsprogramme
48	8. Digitale Merkblätter
49	9. Sonderdrucke
52	Impressum

AW-Praxis 13-758

Außenwirtschaftliche Praxis – Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis

www.aw-prax.de

■ 14. Exportkontrolltag 2020

- Politikforum: Der geopolitische Rahmen der Exportkontrolle
- Wirtschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China
- Der Entwurf eines chinesischen „Export Control Law“
- Diskussionsforum I: Emerging Technologies
- Emerging Technologies – Challenge or Chance?
- Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt und seine Auswirkungen auf die Exportkontrollpolitik
- Diskussionsforum II: Rüstungsexportkontrolle im Spiegel der Politik

AW-Prax

Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang, redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter), Steuerberater redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

Dr. Angela Dübe, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin

Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V. Carsten Fischer, Präsidiarmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident der StBK Niedersachsen

RA Dr. Nils Harnischmacher, Münster, Außenwirtschaftsrunde e.V.

RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt

Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin

RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn

RAin Claudia Kurz, Verband der Chem. Industrie e.V., Frankfurt RA Michael Lux, Brüssel

Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München

Murat Özdemir, Leiter Außenwirtschaft und Zoll, Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Berlin

Brian Petter, Verband der Chem. Industrie e.V., Frankfurt Georg Pietsch, Abteilungspräsident im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg

Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel

Peter Scheben, Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D., ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz

Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz/Bad Kreuznach

Karl Wendling, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel

Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf

Dr. Kai Henning Felderhoff, Rechtsanwalt, AWB Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Münster

Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster

Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster

Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück

Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br. Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen

Inhalt

Beiträge · Aufsätze · Berichte

David Grebe

- **Politikforum: Der geopolitische Rahmen der Exportkontrolle** 219

Dr. Joachim Lang

- **Wirtschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China** 221

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang/Paul Gerharz

- **Der Entwurf eines chinesischen „Export Control Law“** 225

Matthias Mousa

- **Diskussionsforum I: Emerging Technologies** 228

Matthew Borman

- **Emerging Technologies – Challenge or Chance?** 231

Dr. Peter Rudolf

- **Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt und seine Auswirkungen auf die Exportkontrollpolitik** 233

Sarah Ott

- **Diskussionsforum II: Rüstungsexportkontrolle im Spiegel der Politik** 236

Thomas Bareiß

- **Rede von Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie** 239

Gunilla Klöhn

- **Praxisforum: News aus dem Strafrecht und dem BAFA** 242

Nachrichten

GesetzgebungsReport

SeminarKalender

StellenMarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft!

Impressum

217, 223

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Reguvis Fachmedien GmbH und der AWA bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



01 // 2020

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z98

Seiten 1–62 . ISSN 2224-6819

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Andreas Ha

Schriftleiter: Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

ZTR

ZEITSCHRIFT FÜR ENERGIE- UND TECHNIKRECHT

Aus dem Inhalt:

1 // AUFSÄTZE

- » **Der maschinell erstellte Bescheid (Teil II)**
Michael Denk
- » **Der Rechtsrahmen für Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien**
Maximilian Hautzenberg
- » **Die Reichweite der Verordnungsermächtigung zur Genehmigungsfreistellung von gewerblichen Betriebsanlagen nach § 74 Abs 7 GewO 1994**
Manuel Neusiedler

2 // RECHTSVORSCHRIFTEN UND NORMEN

3 // RECHTSPRECHUNG

- » **Strom- und Gastarifizierung von Netzbetreibern: Berücksichtigung von EIB-Krediten bei den Finanzierungskosten**
Paul Oberndorfer
- » **Der lange Weg zur aktiv erteilten Einwilligung bei Cookies im Lichte der informationellen Selbstbestimmung**
Gregor Aichinger

Inhaltsverzeichnis

1 // AUFSÄTZE

- | | |
|---|----|
| » Der maschinell erstellte Bescheid (Teil II) | 1 |
| <i>Michael Denk</i> | |
| » Der Rechtsrahmen für Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien | 9 |
| <i>Maximilian Hautzenberg</i> | |
| » Die Reichweite der Verordnungsermächtigung zur Genehmigungsfreistellung von gewerblichen Betriebsanlagen nach § 74 Abs 7 GewO 1994 | 17 |
| <i>Manuel Neusiedler</i> | |

2 // RECHTSVORSCHRIFTEN UND NORMEN

- | | |
|------------------------|----|
| » Energierrecht | 25 |
| » Technikrecht | 26 |
| » Normen | 31 |

3 // RECHTSPRECHUNG

- | | |
|---|----|
| » Strom- und Gasktarifizierung von Netzbetreibern: Berücksichtigung von EIB-Krediten bei den Finanzierungskosten | 34 |
| <i>Paul Oberndorfer</i> | |
| » Der lange Weg zur aktiv erteilten Einwilligung bei Cookies im Lichte der informationellen Selbstbestimmung | 41 |
| <i>Gregor Aichinger</i> | |
| » Rechtsprechung Energierrecht | 48 |
| » Rechtsprechung Öffentliches Technikrecht | 55 |
| » Rechtsprechung Privates Technikrecht | 58 |

Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift für Energie- und Technikrecht

Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Hon.-Prof. Dr. Helmut Hörtenhuber
Univ.-Prof. Dr. Erich Peter Klement

Univ.-Prof. Dr. Barbara Leitl-Staudinger
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Jörg Mühlbacher
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Peter Oberndorfer
Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Univ.-Prof. Dr. Martin Schulte
Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Sonntag

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hütten • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • Prof. Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Inhaltsverzeichnis**ZInsO FOKUS – Hintergründe und Aktuelles****ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 6/2020****ZInsO FOKUS – Außergerichtliche Sanierung und Restrukturierung**

Sanierungskredite – Insolvenzfestigkeit von Sanierungskrediten und Gebührenabreden	213
<i>von Richter am BGH Professor Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe</i>	

ZInsO FOKUS – Präventiver Restrukturierungsrahmen

Präventiver Restrukturierungsrahmen in Konkurrenz zu bisherigen „Verfahrensweisen“ der Sanierung	226
<i>von Dr. Friedrich L. Cranshaw, Mannheim und Professor Dr. Wolfgang Portisch, Emden/Leer</i>	

ZInsO FOKUS – Sanierung in der Insolvenz• **Rechtsprechung**

Gewerbeuntersagung bei Steuerrückständen und fehlendem Sanierungskonzept	245
<i>VG Regensburg, Gerichtsbescheid v. 9. 1. 2020 – RO 5 K 18.776</i>	
Tabelleneintrag im Insolvenzverfahren auch für steuerliches Haftungsverfahren gegenüber GmbH-Geschäftsführer bindend.	250
<i>BFH, Urt. v. 17. 9. 2019 – VII R 5/18</i>	

**ZInsO FOKUS – Statistiken, Berichte**

SanierungsMONITOR IV. Quartal 2019 – Insolvenzsaniierungen im Überblick	255
<i>von Dr. Andreas Fröhlich, Baker Tilly München</i>	
SanierungsINSIGHTS – Fallbeispiel GERRY WEBER	256
<i>Dr. Christian Gerloff, Gerloff Liebler Rechtsanwälte und Stefan Meyer, PLUTA Rechtsanwälte GmbH zum Insolvenzplanverfahren GERRY WEBER – ein Gespräch moderiert von Dr. Andreas Fröhlich, Baker Tilly München</i>	
Gravenbrucher Thesen – „ESUG 2.0 und präventiver Restrukturierungsrahmen – Ergänzung oder Gegensatz?“; Stand: 19.12.2019	260

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • Prof. Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Inhaltsverzeichnis**ZInsO FOKUS – Hintergründe und Aktuelles****ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 1-2/2020****ZInsO FOKUS – Editorial**

Präventiver Restrukturierungsrahmen – Paradigmenwechsel vollzogen?	1
<i>von Wirtschaftsprüferin/Steuerberaterin Andrea K. Buth und Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Michael Hermanns, Wuppertal/Düsseldorf</i>	

ZInsO FOKUS – Präventiver Restrukturierungsrahmen

Präventiver Restrukturierungsrahmen	2
<i>von Rechtsanwalt/Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Andreas Ziegenhagen, Frankfurt/Berlin</i>	

ZInsO FOKUS – Sanierung in der Insolvenz

Sanierung ist nicht gleich Sanierung.	7
<i>von Professor Dr. Hans Haarmeyer, Bonn</i>	

• **Rechtsprechung****Die wichtigsten sanierungsrelevanten Entscheidungen aus 2019**

Durch Insolvenzplan entstehender Gewinn als Masseverbindlichkeit	15
<i>BFH, Beschl. v. 15. 11. 2018 – XI B 49/18</i>	

Ansprüche wegen Missachtung einer Globalzession gegen den Insolvenzverwalter; Darlegungs- und Beweislast für ein Ersatzasonderungs- und -absonderungsrecht	17
<i>BGH, Urt. v. 24. 1. 2019 – IX ZR 110/17</i>	

Kein Bargeschäftsprivileg bei der Anfechtung von Sicherheiten für ein Gesellschafterdarlehen; keine gesellschaftsrechtliche Treuepflicht zum Schutz von Insolvenzgläubigern	18
<i>BGH, Teilversäumnis- und Endurt. v. 14. 2. 2019 – IX ZR 149/16</i>	

Schlüssigkeitsprüfung außergerichtlichen Sanierungskonzepts	18
<i>BGH, Urt. v. 28. 3. 2019 – IX ZR 7/18</i>	

Anfechtbare Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens	20
<i>BGH, Urt. v. 2. 5. 2019 – IX ZR 67/18</i>	

Inanspruchnahme des Geschäftsführers einer GmbH auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB; Vorliegen eines zur Insolvenz der Gesellschaft führenden „Griffs in die Kasse“ durch den Geschäftsführer	22
<i>BGH, Urt. v. 7. 5. 2019 – VI ZR 512/17</i>	

Anfechtbarkeit kontokorrentähnlicher Gesellschaftsdarlehensverhältnisse; Doppelinsolvenz von Gesellschafter und Gesellschaft; Erfüllung einredebehafteter Forderungen.	24
<i>BGH, Urt. v. 27. 6. 2019 – IX ZR 167/18</i>	

Anfechtbare Rückgewähr eines Gesellschafterdarlehens	25
<i>BGH, Versäumnisurt. v. 11. 7. 2019 – IX ZR 210/18</i>	



Insolvenzanfechtung einer Zahlung im konzernweiten Cash-Pool-System	27
<i>BGH, Urt. v. 12. 9. 2019 – IX ZR 16/18</i>	
Fortführung einer GmbH nach Aufhebung des Insolvenzplanverfahrens	31
<i>OLG Celle, Beschl. v. 8. 3. 2019 – 9 W 17/19</i>	
Zur Maßgeblichkeit der Berechnungsgrundlage nach dem Bestand der Masse aus der Schlussrechnung	33
<i>BGH, Beschl. v. 10. 1. 2019 – IX ZB 40/18</i>	
Unzureichende öffentliche Bekanntmachung einer Vergütungsfestsetzung; Bemessung der Vergütung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	35
<i>BGH, Beschl. v. 12. 9. 2019 – IX ZB 65/18</i>	

ZInsO FOKUS – Statistiken, Berichte

Gesetzgebungsverfahren zum präventiven Restrukturierungsrahmen – Anregungen zur Diskussion	38
<i>von Bundesverband Deutscher Unternehmensberater e.V., Bonn</i>	
Positionspapier der Dachgesellschaft Deutsches Interim Management e.V. (DDIM) zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie für einen präventiven Restrukturierungsrahmen	44
<i>von Dr. Marei Strack und Harald H. Meyer, Köln</i>	
Präventiver Restrukturierungsrahmen	46
<i>von Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf</i>	
Thesenpapier zur Umsetzung der Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz	59

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen folgender Unternehmen: NWB Verlag GmbH & Co. KG.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Ehemalige Herausgeber:

Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • Prof. Udo Hintzen • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • RA Martin Notthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Carl Heymanns Verlag
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.wolterskluwer-online.de/insolvenzrecht>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink
Telefon: (02 21) 9 43 73-77 19
E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening
Telefon (02 21) 9 43 73-77 60
E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
Andreas Ziegenhagen; Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer
E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com
Manuskripte und Urteileinreichungen erbeten an die Redaktion

Redaktion: Anke Losch, Kathrin Gehrlein
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69
E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Einsendung von Entscheidungen
Eingesandte Entscheidungen werden nur dann zur Veröffentlichung angenommen, wenn sie zuvor anonymisiert worden sind.

Bezugspreis zzgl. Versandkosten
Jahresabonnement: € 738,00
Preis für das Einzelheft: € 29,00

Kündigungsfrist:
6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 2568-6380



GmbHHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg



Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

WP StB Prof. Dr. Ulrich Prinz – Inländische Umstrukturierung von GmbHs mit Auslandsbezug

Internationale Umstrukturierungen – wie etwa die Hinaus- oder Hereinverschmelzung von Kapitalgesellschaften im EU/EWR-Raum – werfen vielfältige und komplexe Fragen im internationalen Gesellschafts- und Steuerrecht auf. Die kürzlich verabschiedete EU-Mobilitätsrichtlinie vom 27.11.2019 schafft insoweit für grenzüberschreitende Formwechsel, Sitzverlegungen und Spaltungen verbesserte Möglichkeiten, die steuerlich insbesondere auf Entstrickungs- und Verstrickungsfolgen „abzuklopfen“ sind. Aber auch bei einer zunächst rein inländischen Umstrukturierung von GmbHs können sich im Gesellschafterbereich und bei der Vermögensstruktur Auslandsbezüge ergeben, die in dem Beitrag mit ihren „Steuerfallen“ dargestellt und analysiert werden. Konkret werden die Verschmelzung von inländischen GmbHs mit Auslandsbezug, der Formwechsel einer mitunternehmerschaftlich besteuerten Personengesellschaft in eine GmbH mit Auslandsbezug sowie der Formwechsel einer GmbH in eine Personengesellschaft mit Auslandsbezug hinsichtlich ihrer Steuerfolgen aufgegriffen. In diesem Zusammenhang werden die auch vom BFH in Urteilen vom 30.5.2018 kürzlich entschiedenen Downstream-Merger-Fälle mit Auslandsgesellschaftern eingehend und mit Gestaltungsmöglichkeiten dargestellt. Der Beitrag endet mit einem Appell zur sorgsamsten Planung und möglichst mehrstaatenbezogenen Absicherung von internationalen Umstrukturierungsgestaltungen. 625

RA Volker Stück – Vitale erste Hilfe in der viralen Krise COVID-19: Präventive & repressive unternehmerische Maßnahmen und arbeitsrechtliche Fragen

Was dem schweren akuten respiratorischen Syndrom SARS (2003: ca. 8.000 Erkrankte, 800 Todesfälle), den asiatischen Hühnern und östlichen Zugvögeln (2006) sowie den mexikanischen Schweinen (2009) nicht gelang, hat nun vermutlich ein Pangolin Gürteltier oder eine Fledermaus in Wuhan, China, geschafft: Den Ausbruch einer Corona (Erreger Sars-CoV-2) Epidemie hervorzurufen, die schon jetzt die meisten Todesfälle verzeichnet – bei 4.637.130 Infizierten bisher 311.827 Tote (Quelle: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>). Von einer Pandemie spricht man, wenn sich eine Infektionskrankheit Länder und Kontinente übergreifend rasch ausbreitet. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 11.3.2020 „tief besorgt“ den Pandemiefall ausgerufen. Der Deutsche Bundestag hat am 25.3.2020 eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ festgestellt. Betriebe müssen sich auf den Ausbruch einer Pandemie vorbereiten, z.B. durch Aufstellung von Krisen-/Notfallplänen und rechtlichen Szenarien. Dazu will der Beitrag rechtliche und praxisnahe Hilfestellung leisten getreu dem Motto: „Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen (Max Frisch).“ 631

Dr. Sabine Strüder – Ausgleichszahlungen an außenstehende Gesellschafter – Anmerkungen zu dem BMF-Schreiben v. 4.3.2020

Mit der Einführung des § 14 Abs. 2 KStG hat der Gesetzgeber geregelt, unter welchen Voraussetzungen neben einem mindestens zugesicherten Betrag nach § 304 Abs. 2 AktG eine zusätzlich vereinbarte (variable) Ausgleichszahlung an außenstehende Gesellschafter geleistet werden kann,



Aktionsmodul Gesellschaftsrecht, die perfekte Online-Bibliothek. Inklusive Selbststudium nach § 15 FAO! 4 Wochen gratis nutzen: www.otto-schmidt.de/akgr.

Inhalt

ohne dass dadurch die ertragsteuerliche Anerkennung der Organschaft gefährdet wird. Damit hat der Gesetzgeber auf die Rechtsprechung des BFH und der langjährigen abweichenden Finanzverwaltungsauffassung reagiert. Mit Schreiben vom 4.3.2020 – IV C 2 – S 2770/19/10003 hat das BMF zu den Anwendungsfragen des § 14 Abs. 2 KStG Stellung genommen. Nachfolgend wird der Inhalt des BMF-Schreibens kurz dargestellt und aufgezeigt, inwieweit bereits bestehende Anwendungsfragen i.Z.m. § 14 Abs. 2 KStG durch das jüngst veröffentlichte BMF-Schreiben geklärt werden können. 644

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

Insolvenz: Darlehen eines Dritten an Gesellschafter der späteren Insolvenzschuldnerin kein Gesellschafterdarlehen (BGH, Urt. v. 27.2.2020 – IX ZR 337/18) 648

Insolvenzrecht: Mithaftung für Verbindlichkeiten der Schwestergesellschaft bei Prüfung der drohenden Zahlungsunfähigkeit; Gläubigerbenachteiligungsvorsatz (OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.5.2019 – 12 U 47/18) 650

Umwandlungsrecht: Grenzüberschreitender „Herausformwechsel“ einer GmbH; analoge Anwendung gläubigerschützender Vorschriften (OLG Saarbrücken, Beschl. v. 7.1.2020 – 5 W 79/19) *m. Anm. Jonah Kraczyk / Rebecca Liebig* 656

Umwandlung: Kein Wertgutachten eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers als Nachweis bei Einbringung eines Unternehmens im Wege der gemischten Sacheinlage (OLG Stuttgart, Beschl. v. 9.3.2020 – 8 W 295/19) *m. Anm. Janine Wilpert* 661

Steuerrecht

Ertragsteuer: Rückgängigmachung eines Investitionsabzugsbetrags trotz durchgeführter Investition wegen unterbliebener Hinzurechnung im Investitionsjahr (BFH, Urt. v. 3.12.2019 – X R 11/19) 664

Ertragsteuer: Auflösung von Unterschiedsbeträgen bei Ausscheiden eines Gesellschafters (BFH, Urt. v. 28.11.2019 – IV R 28/19) 666

Geschäftsführer: Geschäftsführerhaftung nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters (BFH, Urt. v. 22.10.2019 – VII R 30/18) *m. Anm. Benedikt Hoffmann* 671

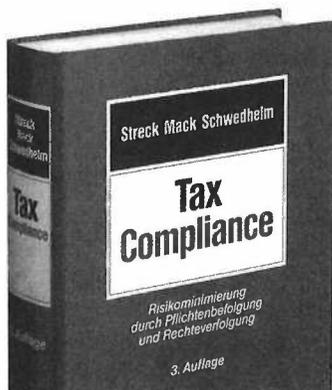
GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

RA Prof. Dr. Volker Römermann – VerSanG – was lange währt, wird endlich! Gut? R180

Unternehmensrecht

LG Heilbronn: Keine Entschädigung für Corona-bedingten Verdienstaustausch aus dem Infektionsschutzgesetz (*Stephan Ulrich*) R182



Kontrolle ist gut. Kontrollsystem ist besser.

Das Handbuch unterstützt Sie dabei Tax Compliance-Systeme gerichtsfest zu implementieren, erfolgreich mit Behörden zu kommunizieren und Schäden zu minimieren.

Die 3. Auflage enthält alle relevanten Entwicklungen sowie verbesserte Praxishilfen.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/sst3

Inhalt

Kartellrecht: Wettbewerbslich erheblicher Einfluss (*Stephan Ulrich*) R183

Steuer- & Bilanzrecht

BFH: Der Wegfall der Unternehmensidentität durch Änderung des Gesellschaftszwecks kann zu einem abgekürzten Erhebungszeitraum führen (*Christian Levedag*) R184

BFH: Keine erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags einer grundbesitzverwaltenden Kapitalgesellschaft bei Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen (*Christian Levedag*) R185

BFH: Steuerbarkeit des Entzugs von Aktien aufgrund einer Kapitalherabsetzung auf Null samt Bezugsrechtsausschluss für die anschließende Kapitalerhöhung (*Christian Levedag*) R185

EU-Kommission: Richtlinienentwurf zu dreimonatigem Moratorium für die Pflicht zur Mitteilung von grenzüberschreitenden Steuergestaltungen (*Georg Geberth / Martin Bartelt*) R186

EU-Kommission: Richtlinienentwurf zur Verschiebung des MwSt-Digitalpakets auf den 1.7.2021 (*Jürgen Scholz*) R186

EU-Kommission: Ausweitung des Befristeten Rahmens auf die Gewährung von Rekapitalisierungen und nachrangigem Fremdkapital (*Georg Geberth / Martin Bartelt*) R186

Arbeits- & Sozialrecht

BAG: Durchführungsanspruch aus einem Sozialplan (*Martin Pröpfer*) R187

BAG: Verfassungsmäßigkeit des Sozialkassenverfahrens der Bauwirtschaft (*Martin Pröpfer*) R188

Wirtschafts-Praxis

Vertrauenswürdige Marken 2020 (*Marianne Gajo*) R189

Interaktive Karte zu Energieverbrauch an Industriestandorten (*Marianne Gajo*) R190

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht R190

Steuerrecht R191

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul GmbHR** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de



Umwandlungen leicht gemacht.

Dieser neue Basiskommentar zum UmwStG vermittelt das Grundverständnis und ermöglicht eine praxisgerechte, logische Aufarbeitung umwandlungssteuerrechtlicher Fragestellungen – unterstützt von zahlreichen Beispielen und Grafiken.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter **otto-schmidt.de**

■ Aufsätze

- Dr. Markus Lange **Sustainable Finance: Nachhaltigkeit durch Regulierung? (Teil 2)** 261
In einem ersten Teil (BKR 2020, 216) wurden Hintergründe und Entwicklungslinien aufgezeigt und eingeordnet. Im zweiten Teil werden einzelne Themenfelder und damit verbundene Regelungsansätze näher dargestellt und gewürdigt.
- Dr. Irka Zöllter-Petzoldt **Das Modul C des Emittentenleitfadens der BaFin** 272
Die BaFin hat am 22.4.2020 die finale Fassung des Modul C des Emittentenleitfadens veröffentlicht. In diesem Modul stellt die BaFin ihre Verwaltungspraxis und Rechtsauffassungen in den Themenbereichen Insiderinformationen, Ad-hoc-Publizität, Managers' Transactions und weiteren Themengebieten der MAR dar. Der folgende Beitrag beleuchtet einige der besonders relevanten Änderungen gegenüber der Voraufgabe sowie gegenüber der Konsultationsfassung genauer.
- Dr. Jan Fürbaß/
Dipl.-jur. Robin Schulz **Das fremdfinanzierte Immobilieninvestment** 277
Die Aufnahme von Fremdkapital durch Immobilien-Fonds erleichtert deren Immobilieninvestition und ermöglicht durch entsprechende Hebelwirkung eine Renditesteigerung zugunsten der Anleger. Gleichwohl birgt eine zu hohe Fremdkapitalquote Risiken für die Anlegergemeinschaft. Die Regulierung der Fremdkapitalaufnahme durch das KAGB soll vor diesem Hintergrund einen sinnvollen Ausgleich zwischen Nutzen und Gefahren für den Anleger schaffen. Folgender Beitrag soll die zum Teil schwer überschaubare Gesetzesmaterie des fremdfinanzierten Immobilieninvestments aufarbeiten. Der Fokus richtet sich hierbei auf die indirekte Immobilieninvestition, d. h. den Erwerb von Anteilen an Immobilien-Gesellschaften.
- Dr. Stefan Korch, LL. M.
(Harvard) **Delisting und Insolvenz** 285
Für ein vollständiges Delisting von Wertpapieren auf Antrag der Emittentin verlangt § 39 Abs. 2 Satz 3 BörsG die Abgabe eines Erwerbsangebots. Der Gesetzgeber bezweckte damit insbesondere, Kleinanleger vor dem Verlust der Fungibilität ihrer Aktien zu schützen und die Frosta-Rechtsprechung des BGH zu korrigieren. Dabei wurde der besonderen Situation einer insolventen Emittentin keine Rechnung getragen, weshalb ein Delisting in der Insolvenz nahezu unmöglich ist. Die anhaltende Börsennotierung verursacht Aufwand und bindet Ressourcen, die andernfalls der Sanierung des Unternehmens oder der Befriedigung der Gläubiger dienen könnten. Das läuft den Zielen des Insolvenzverfahrens zuwider und führt die Regelung ad absurdum. Die Lösung liegt in einer teleologischen Reduktion des § 39 Abs. 2 Satz 3 BörsG für die Insolvenz der Emittentin.
- Juliane Fitzke/
Dr. Lea Maria Siering **Quo vadis Vermögensanlagengesetz?** 291
Die Verfasserinnen setzen sich mit der Frage auseinander, ob die Bedeutung des Vermögensanlagengesetzes aufgrund der zunehmenden sog. Tokenisierungen mithilfe der Blockchain- bzw. Distributed Ledger Technology wieder gestiegen ist. In dem Zusammenhang zeigen sie auf, welche Arten von Tokenisierungen am Markt derzeit bestehen und analysieren, wie diese gegenwärtig juristisch einzuordnen sind. Je nach konkreter Ausgestaltung der in den jeweiligen Token verkörperten Rechte ist eine Einordnung von Token als Wertpapier, als Anteil an einem Investmentvermögen oder als Vermö-

gensenlage denkbar. Die Verfasserinnen legen u. a. ihre Auffassung dar, dass es für die Annahme eines Wertpapiers am Merkmal der „Versachlichung“ fehlt. Bei Utility Token stellen sie noch aufsichtsrechtlich bestehenden Handlungsbedarf fest. Zuletzt geben die Verfasserinnen einen Überblick über die zu (erwartenden) gesetzlichen Neuerungen.

■ Personalien

Nachruf auf Prof. Dr. Hans-Michael Krepold 295

■ Rezension

Prof. Dr. Petra Buck-Heeb *Kümpel/Mülbert/Früh/Seyfried, Bank- und Kapitalmarktrecht* 312

■ Rechtsprechung

Kreditrecht

BGH 22.10.2019 – XI ZA 9/19 Verjährung nach § 497 Abs. 3 Satz 3 BGB 296
 OLG Frankfurt a. M. 25.7.2019 – 1 U 169/18 Verjährung eines Anspruchs auf Rückzahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung 296
 OLG Frankfurt a. M. 21.11.2019 – 6 U 146/18 Anforderungen an die Hervorhebung des Zinssatzes für Überziehungskredite 298

Kreditsicherungsrecht

LG Düsseldorf 23.5.2019 – 25 T 284/19 Unzulässigkeit des Nachweisverzichts in einer Vollstreckungsklausel 300
 LG Osnabrück 21.1.2020 – 1 T 16/20 Zulässigkeit des Nachweisverzichts in einer Vollstreckungsklausel mit Anmerkung v. Peter Freckmann 300
 AG Osnabrück 10.1.2020 – 53 C 2907/19(25) Zur Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung bei Verzicht auf Kündigungsnachweis 303

Kapitalmarktrecht

BGH 22.10.2019 – XI ZR 682/18 Rechtsschutz beim Delisting – Höhe des Abfindungsanspruchs 305
 VG Frankfurt a. M. 8.3.2019 – 2 K 6239/17.F Delisting in der Insolvenz 308

Zahlungsverkehrsrecht

LG Köln 10.9.2019 – 21 O 116/19 Haftung im Zahlungsverkehr 310

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Schriftleitung:

PD Dr. Rafael Harnos (V.i.S.d.P.)
 Universität Bonn, Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht
 Adenauerallee 24-42, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 73 92 91
 E-Mail: bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer

Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
 Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-604, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Mehling.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:
 Monatlich.

Bezugspreise 2020: Jährlich 459,- € (inkl. MwSt.). Einzelheft: 45,- € (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
 E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.Beck, Bergerstraße 3-5, 86720 Nördlingen.

CO₂
 neutral

 chbeck.de/nachhaltig

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. (Harvard), Berlin

Die Stundung und Prolongation von Verbraucherdarlehen nach dem COVID-19-Abmilderungsgesetz
– Bringt die Corona-Pandemie zinslose Darlehen für drei Monate? – 1141

Rechtsanwalt Prof. Dr. Patrick Rösler, Heidelberg, und Prof. Dr. Konrad Wimmer, Dingolfing

Praktische Umsetzung der COVID-Stundung von Verbraucherdarlehen
– Vertragszins und Neuberechnung des Darlehens – 1149

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- | | | | | |
|--------------------------------|------------------------|--------------------------|---|------|
| Bundesgerichtshof | 28.4.2020 | VI ZR 347/19 | Zur Beachtlichkeit im ersten Rechtszug nicht zurückgewiesenen Vorbringens für das Berufungsverfahren (hier unzulässige Zurückweisung eines außerhalb der Berufungsbegründungsfrist wiederholten Beweisangebots zum Beitritt zu einem Immobilienfonds) | 1152 |
| Bundesfinanzhof | 13.11.2019 | V R 30/19,
V R 6/15* | Kein steuerfreier Umsatz nach § 4 Nr. 8 Buchst. d UStG bei Dienstleistungen für eine Bank im Zusammenhang mit dem Betrieb von Geldausgabeautomaten | 1153 |
| OLG Düsseldorf
LG Wuppertal | 7.11.2019
20.9.2019 | 16 W 67/19
3 O 322/19 | Zu den Anforderungen an die hinreichende Bestimmtheit eines Unterlassungsantrags in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten aus dem Bonusprogramm „Mastercard Priceless Specials“ ohne Schutz vor Drittzugriff | 1154 |
| OLG Koblenz | 25.3.2020 | 12 U 2228/19 | Zur Beschwer des Verfügungsbeklagten bei einstweiligem Verfügungsverfahren auf Verpflichtung des Verfügungsbeklagten, gegenüber der Schufa einen einzelnen, den Verfügungskläger betreffenden Negativeintrag zu widerrufen | 1155 |
| FG Baden-Württemberg | 26.7.2019 | 13 K 1991/17* | Zur einkommensteuerrechtlichen Behandlung eines Vergleichs über den Erlass von Darlehensschulden in Fällen der sog. „drückervermittelten Schrottimobilienfinanzierung“ | 1158 |

Gesellschaftsrecht

- | | | | | |
|-------------------|-----------|-------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 28.4.2020 | II ZB 13/19 | Zur Eintragung einer gemeinnützigen Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) als „gUG (haftungsbeschränkt)“ im Handelsregister | 1160 |
|-------------------|-----------|-------------|--|------|

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- | | | | | |
|--------------------------|-----------|---------------|--|------|
| Bundesverfassungsgericht | 15.5.2020 | 2 BvQ 24/20 | Vorläufige Teilaußervollzugsetzung eines Insolvenzplanes zur Verhinderung der Löschung einer Auflassungsvormerkung wegen Verneinung eines besonders schweren Rechtsverstoßes gem. § 253 Abs. 4 Satz 2 InsO ohne hinreichende Begründung | 1163 |
| Bundesgerichtshof | 20.5.2020 | IV ZR 124/19 | Bei einer zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossenen Direktversicherung im Sinne von § 1b Abs. 2 Satz 1 BetrAVG keine Anwendung des § 2 Abs. 2 Satz 4 BetrAVG auf die Vorausabtretung des mit dem Eintritt des Versorgungsfalles fälligen Anspruchs auf Auszahlung der Versicherungsleistung | 1164 |
| Bundesgerichtshof | 30.4.2020 | VII ZB 82/17* | Zur Pfändung des Anspruchs eines sich in einer Pflegeeinrichtung befindlichen Schuldners gegen den Träger der Pflegeeinrichtung auf Auszahlung des auf einem „Taschengeldkonto“ verwalteten Guthabens | 1166 |

Bundesgerichtshof 30.4.2020 IX ZR 162/16* Zur Gläubigerbenachteiligung, wenn an den Grundpfandgläubiger Mieten gezahlt werden, die in den Haftungsverband des Grundpfandrechts fallen, wenn die Mietforderungen nicht insolvenzfest beschlagnahmt waren; zum Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners, der mit dem Grundpfandgläubiger vereinbart hat, die Haftung von Mietforderungen in einer Weise zu verwirklichen, die einer formellen Zwangsverwaltung entspricht 1169

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 10.10.2019 III ZR 227/18 Zum Verjährungsbeginn des notariellen Amtshaftungsanspruchs, wenn dem Geschädigten Tatsachen bekannt oder grob fahrlässig unbekannt sind, die auch aus der Perspektive eines Laien das Vorgehen des Notars als irregulär und daher möglicherweise pflichtwidrig erscheinen lassen 1174

Bundesgerichtshof 23.1.2020 III ZR 28/19* Zur Haftung des Notars bei Verwendung einer (unwirksamen) unbefristeten Fortgeltungsklausel in einem von ihm vorformulierten Angebot zum Kauf einer Immobilie; zur Beweislast des Notars für die im Rahmen des haftungsausfüllenden Zurechnungszusammenhangs als Reserveursache anzusehende Behauptung, der eingetretene Kaufpreisschaden wäre auch bei pflichtgemäßem Verhalten entstanden, weil die Urkundsbeteiligten ungeachtet der ihnen gegenüber offengelegten Zweifel an der fortbestehenden Wirksamkeit des Angebots an dem Abschluss des Kaufvertrags festgehalten hätten 1176

Bücherschau

Thomas Emde/ Frank Dornseifer/ Alexandra Dreibus (Hrsg.)	Kapitalanlagegesetzbuch, 2. Aufl. Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Jan Fürbaß, München	1179
Andreas Fandrich/ Ines Karper (Hrsg.)	Münchener Anwaltshandbuch, Bank- und Kapitalmarktrecht, 2. Aufl. Rezensent: Rechtsanwalt Klaus Vorpeil, Mainz	1180
Richard Zöllner	ZPO, 33. Aufl.	1180

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., Berlin (Vorsitzender); Vizepräsident des BGH Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Richard-Sorge-Straße 6a/b, 07747 Jena, E-Mail: info@mediatext.de
Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 [einschl. 7 % MwSt. € 6,40] + € 7,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,52 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2020 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter: www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Chefredakteur Gerhard Hopf

Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer

Evidenzblatt Christoph Brenn, Richard Hargassner, Helge Hoch, Herbert Painsi,
Eckart Ratz, Ronald Rohrer, Martina Weixelbraun-Mohr

Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

Juni 2020

12

529 – 576

Aktuelles

**Kuhattache: OGH bestätigt Urteil zweiter Instanz –
neuer Vorfall am 12. 6. 2020** ➔ 529

Beiträge

Die Auswirkungen von COVID-19 auf Geschäftsraummieter und Pächter

Clara Hochleitner ➔ 533

Fortführungsanträge und deren Erledigung Eckart Ratz ➔ 542

Evidenzblatt

Gelindere Mittel statt Entziehung der Obsorge ➔ 548

**Internationale Zuständigkeit für den Auskunftsanspruch
nach § 18 Abs 4 ECG** Thomas Garber ➔ 555

Unterbringung wegen NS-Wiederbetätigung ➔ 563

VfGH

Entscheidungen des VfGH – Dezember-Session 2019

Helmut Hörtenhuber und Stefanie Dörnhöfer ➔ 570

ÖJZ aktuell 529

Beiträge

→ Die Auswirkungen von COVID-19 auf Geschäftsraummieter und Pächter 533
Ist die Rechtslage tatsächlich so eindeutig?

Auch wenn es seit dem 14. 4. 2020 zu diversen Lockerungen der Betriebsschließungen kam, ist die Frage der Auswirkungen von COVID-19 auf Geschäftsraummieter und Pächter weiterhin relevant. Dies zeigen nicht nur die weiterhin bestehenden Auseinandersetzungen zwischen Bestandnehmern und -gebern, sondern auch die zwischenzeitlich veröffentlichte Literatur.

Von *Clara Hochleitner*

→ Fortführungsanträge und deren Erledigung 542

Antragsgebundene Fortführung des Ermittlungsverfahrens ist exakt ins System der StPO eingepasst. Unordnung entsteht, wenn die Begriffe der StPO, insb der Unterschied vor und nach BGBl I 2009/52, nicht beachtet werden.

Von *Eckart Ratz*

Evidenzblatt

→ Familienrecht 548

OGH 28. 1. 2020, 4 Ob 216/19x

78: Gelindere Mittel statt Entziehung der Obsorge

→ Sachenrecht 551

OGH 19. 9. 2019, 2 Ob 29/19g

79: Die in einiger Entfernung blockierte Zufahrtsstraße

OGH 23. 10. 2019, 1 Ob 166/19x 553

80: Freiheitsersitzung während anhängigen Rechtsstreits

→ Medienrecht 555

OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 137/19v

81: Internationale Zuständigkeit für den Auskunftsanspruch nach § 18 Abs 4 ECG

Mit *Anmerkung von Thomas Garber*

→ Versicherungsvertragsrecht 558

OGH 27. 11. 2019, 7 Ob 130/19x

82: Haushaltsversicherung: Auch „Beraubung“ unter Einsatz willensbrechender Betäubungsmittel ist „Gewaltanwendung“

→ Strafrecht 560

OGH 8. 10. 2019, 11 Os 98/19z

83: Aufschiebung des Strafvollzugs

OGH 17. 10. 2019, 15 Os 69/19i 563

84: Unterbringung wegen NS-Wiederbetätigung

EvBl-Leitsätze

→ Bestandrecht 565

OGH 23. 1. 2020, 6 Ob 234/19h

87: Kautions – Rechnungslegungsanspruch des Mieters

→ Konsumentenschutzrecht 565

OGH 22. 4. 2020, 4 Ob 54/20z

88: Durchrostungsgarantie gilt nur für eine Durchrostung von innen nach außen

→ Sachenrecht	566
OGH 26. 2. 2020, 9 Ob 80/19h	
89: Immissionsbeeinträchtigung durch Licht	
→ Schuldrecht	567
OGH 22. 4. 2020, 4 Ob 41/20p	
90: Zustandekommen eines Liegenschaftskaufs hängt grundsätzlich (ohne Formgebot für das Verpflichtungsgeschäft) nicht von der Errichtung der Vertragsurkunde ab	
→ Sozialversicherungsrecht	567
OGH 21. 1. 2020, 10 ObS 147/19v	
91: Weiterbestehen des Anspruchs auf Familienzeitbonus (FZB) für – kinderbetreuende – Väter während eines Krankenhausaufenthalts der Mutter (teleologische Reduktion des § 2 Abs 3 FamZeitbG)	
→ Urheberrecht	568
OGH 22. 4. 2020, 4 Ob 16/20m	
92: Recht auf ein (Bild-)Zitat erfordert Interessenabwägung	
→ Strafrecht	569
OGH 11. 9. 2019, 15 Os 99/19a	
93: Kfz-Kennzeichen abgemeldeter Fahrzeuge kein Gegenstand von Urkundenunterdrückung	
OGH 15. 10. 2019, 12 Os 103/19t	569
94: Aufkündigung von Geschäftsführertätigkeit als Drohung mit Vermögensverletzung	

VfGH

→ Entscheidungen des VfGH – Dezember-Session 2019	570
<i>Von Helmut Hörtenhuber und Stefanie Dörnhöfer</i>	

Standards

→ Impressum	532
-----------------------	-----



Rechtsanwaltstarif einfach
und überall berechnen –
mit dem **Tarifrechner Lite**



Auch für mobile Endgeräte
optimiert –
iPhone, iPad, Android

Gratis auf <http://tarif.manz.at>

MANZ 

Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Dr. h.c. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

11 75. Jahrgang
5. Juni 2020

JZ Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Dr. **Christoph Moes**, LL.M. (Harvard)
Cum/Ex: Rechtserzeugung im Grenzgebiet von Zivil-,
Steuer- und Strafrecht **529**

Professor **Hans Alexy**
Religiöse Vielfalt und Grundgesetz – Gelingt die Integration
der islamischen Religionsgemeinschaften in das deutsche
Religionsrecht? **541**

Professor Dr. **Arndt Teichmann**
Der Schutz des Persönlichkeitsrechts gegenüber
herabwürdigenden Meinungsäußerungen **549**

Professor Dr. **Tobias Reinbacher**
Die „Weiterverbreitung“ von Hate Speech in sozialen
Medien – Fragen der Beteiligung an einer gemäß § 185 StGB
strafbaren Beleidigung **558**

Umschau

Tagungsbericht

Criminal Law Discourse of the Interconnected Society
Abschlussstagung des Netzwerk-Projekts Criminal Law
Discourse of the Interconnected Society (CLaDIS) am
22. 11. 2019 in Göttingen
Dr. **Alexander Bechtel** **564**

Literatur

Heinrich Honsell: Was ist Gerechtigkeit?
Professorin Dr. **Susanne Hähnchen** **566**

Entscheidungen

BVerwG, 29. 8. 2019 – 7 C 29.17
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Matthias Rossi**
Voraussetzungen des Anspruchs auf Zugang zu
Informationen gemäß § 2 Abs. 1 VIG **567**

BGH, 18. 12. 2019 – XII ZR 13/19
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Axel Beater**
Inanspruchnahme des Fahrzeughalters auf „erhöhtes
Parkentgelt“ durch privaten Parkplatzbetreiber **577**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung/
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **347***
Gesetzgebung **348***
Entscheidungen in Leitsätzen **349***
Neuerscheinungen **362***
Zeitschriftenübersicht **376***
Festschrift/Sammelwerk **381***
Impressum **381***

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 11/2020

16. Juni · 31. Jahrgang 2020 · Seite 441–488

Inhalt

Gastkommentar	Anne Charlotte Becker Green-Deal	441	
Europa-Report	Außenhandels- und Gesellschaftsrecht, Covid-19, Binnenmarkt und Investitionsschutz	443	
Aufsätze und Berichte	Claudia Seitz Schutz vor Epidemien und Pandemien in der Europäischen Union	449	
	Andreas Bartosch/Michael Berghofer Die Covid-19-Beihilfemaßnahmen in Deutschland	453	
	Jochen Beckmann Wirtschaftskonflikte im Ausland effizient lösen	461	
	Gilbert Gornig/Paolo Piva Freizügigkeit der Hochschullehrer in der EU	469	
Zur Rechtsprechung	Marcus Mandl Das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen über die Rabattierung von Beförderungsentgelten	477	
	Ivo Bach/Hanna Tippner Internationale Zuständigkeit am Gerichtsstand der virtuellen Zweigniederlassung	481	
Rechtsprechung			
EuGH	12.03.2020 – C-583/18	Verbraucherschutz: Widerruf eines Personenbeförderungsvertrags	485
OLG Frankfurt a. M.	16.01.2020 – 16 U 208/18	Zivilprozessrecht: Kein deutscher Gerichtsstand wegen Buchung eines Flugtickets über deutschsprachige Internetseite	487



Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 18/2020

Inhalt

Aufsätze		<i>V. Beuthien</i> , Wer hat den genossenschaftlichen Förderzweck zu wahren? – Zur Reformbedürftigkeit des § 81 I 1 GenG bei Rechtsformverfehlung	681
		<i>A. Merkner/M. Sustmann/A. Retsch</i> , Das neue Modul C des Emittentenleitfadens der BaFin – Auswirkungen auf die Kapitalmarktkommunikation bei M&A-Transaktionen	688
		<i>R. Backhaus</i> , Das interne Verfahren zur Bewertung von Geschäften mit nahestehenden Personen (Related Party Transactions) gemäß § 111 a II 2 AktG	695
Zur Rechtsprechung		<i>A. Zivanic</i> , Wer erlangt etwas „durch die Tat“ im Sinne von § 73 I Var. 1 StGB?	703
Rechtsprechung			
<i>Personengesellschaftsrecht</i>			
BayObLG	5. 3.20 – 1 AR 144/19	Gerichtsstand bei Klage gegen Treugeberkommanditisten	706
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
KG	12. 3.20 – 22 W 73/19	Gerichtliche Ermächtigung zur Einberufung der Hauptversammlung einer AG	710
OLG Dresden	19. 3.20 – 4 U 2594/19	Berufung juristischer Personen auf Nichtwissen bei behauptetem Abschluss eines Darlehensvertrags (Ls.)	712
LG Heidelberg	9. 8.19 – 4 O 366/18	Beauftragung von Rechtsanwälten durch besonderen Vertreter im Namen der AG	712
<i>Genossenschaftsrecht</i>			
OLG Naumburg	12. 12. 19 – 1 U 125/19 (Hs)	Fortbestand der Genossenschaftsmitgliedschaft bei Rechtsformwechsel einer eG in eine GmbH	715
<i>Insolvenzrecht</i>			
BGH	4. 3.20 – IV ZR 110/19	D&O-Versicherung bei Insolvenz des Versicherten	716
<i>Andere Rechtsgebiete</i>			
EuGH	19. 12. 19 – C-385/18	Staatliche Beihilfe durch Übertragung von Kapital eines Mitgliedstaates auf öffentliches Unternehmen (Ls.)	718
AnwGH NW	17. 1.20 – 1 AGH 39/19	Anwaltliche Tätigkeit als Geschäftsführerin einer GmbH	718

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7171

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

- M. Lembke*
Der datenschutzrechtliche Auskunftsanspruch im
Anstellungsverhältnis 1841
- U. Jürgens*
Aufsteigende Gerichtsstände im Presserecht 1846
- J. Neuner*
Das BVerfG im Labyrinth der Drittwirkung 1851
- C. Katzenmeier*
Substanziierungslast bei Regress gegen medizinischen
Gerichts-Sachverständigen 1856
- J. Hager/A. Müller-Teckhof*
Die Entwicklung des Notarrechts 1857
- R. Wagner*
Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen 1864
- BGH*
Keine Befugnis des Elternteils zur Vereinbarung von
Unterhalts-Rückübertragung (Anm. H.-U. Graba) 1881
- BGH*
D&O-Versicherung bei Insolvenz des Versicherten
(Anm. C. Armbrüster) 1886
- BGH*
Formularmäßige Abtretung des Anspruchs auf Erstattung
von Sachverständigenkosten (Anm. D. Ullenboom) 1888
- BAG*
Leistungen aus Tarifvertrag und betriebliche Übung 1900

Mit Beilage:

NJW-Halbjahresregister I/2020


C.H. BECK

26/2020

18. Juni 2020
73. Jahrgang S. 1841-1904
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview

Politisierte
Personalpolitik

Standpunkt

Persönliche
Anhörung

Unternehmen

Patente und
Gemeinwohl



0150202026

INHALT

Aufsätze

Mark Lembke

Der datenschutzrechtliche Auskunftsanspruch im Anstellungsverhältnis 1841

Der Beitrag erläutert Umfang und Grenzen des Auskunftsanspruchs über personenbezogene Daten (Art. 15 DSGVO) im Anstellungsverhältnis von Arbeitnehmern und Organmitgliedern.

Uwe Jürgens

Aufsteigende Gerichtsstände – Der fliegende Gerichtsstand im Presserecht 1846

Anhand neuer Zahlen zeigt der Aufsatz, dass auch nach Änderungen im Presseprozessrecht noch keine vollständige Waffengleichheit gewährleistet ist.

Jörg Neuner

Das BVerfG im Labyrinth der Drittwirkung 1851

Der Beitrag setzt sich kritisch mit der aktuellen Rechtsprechung des BVerfG zur Einwirkung von Grundrechten auf das Privatrecht und der Figur der „mittelbaren Drittwirkung“ auseinander.

Zur Rechtsprechung

Christian Katzenmeier

Substanziierungslast im Regressprozess gegen den medizinischen Gerichts-Sachverständigen 1856

(BGH BeckRS 2020, 1960 = NJW 2020, 856 Ls.)

Bericht

Johannes Hager / Alexander Müller-Teckhof

Die Entwicklung des Notarrechts in den Jahren 2019 bis 2020 1857

Rolf Wagner

Aktuelle Entwicklungen in der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen 1864

Kanzlei & Mandat

Matthias Franzke

Das Quotenvorrecht bei der Abwicklung von Verkehrsunfällen 1870

Buchbesprechungen

Burmann / Heß / Hühnermann / Jahnke: Straßenverkehrsrecht (Thomas Almeroth) 1872

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	22
Europäische Strafverfolgung		Politisierte Personalpolitik		web.report	24
T. Kulhanek		K. F. Gärditz		Stellenmarkt	25
Agenda	6	Standpunkt	15	Beck'sche Zeitschriften	32
Meldungen/Kolumne	7	Die persönliche Anhörung nach dem FamFG		Buchhinweise	34
Gesetzgebung	8	U. Thewes		Veranstaltungshinweise	36
Rechtsprechung in Kürze	8	Bericht aus Brüssel	17	Heftvorschau/Impressum	38
Entscheidung der Woche	9	ua: Zusammenarbeit in Strafsachen in der Corona-Krise			
Leserforum	10	H. Lörcher			
		Recht im Unternehmen	19		
		Wann ein Patent dem Gemeinwohl weichen muss			
		S. Dorn			

INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte

EuGH 14.05.20 – C-615/18
Fahrverbot – Unkenntnis bei Strafbefehls-
zustellung über Bevollmächtigten 1873

Verfassungsgerichte

BVerfG 23.03.20 – 2 BvR 1615/16
Willkürliche Beweiswürdigung im Klage-
erzwingungsverfahren 1877

Zivilgerichte

BGH 18.03.20 – XII ZB 213/19
Keine Befugnis des Elternteils zur Vereinbarung
der Rückübertragung von Unterhalt
(Anm. H.-U. Graba) 1881

BGH 04.03.20 – IV ZR 110/19
D&O-Versicherung bei Insolvenz des Versicherten
(Anm. C. Armbrüster) 1886

BGH 18.02.20 – VI ZR 135/19
Sachverständigenkosten bei Abtretung des
Schadensersatzanspruchs nach Verkehrsunfall
(Anm. D. Ullenboom) 1888

OLG Hamburg 15.08.19 – 3 U 155/16
Mitverschulden des Auftraggebers wegen
fehlender Detailpläne 1890

Strafgerichte

BGH 16.01.20 – 1 StR 89/19
Umsatzsteuerhinterziehung – Heizöllieferungen
nach Osteuropa 1893

Verwaltungsgerichte

OVG Bremen 10.02.20 – 2 B 269/19
Gutachtenanforderung und Fahrerlaubnis-
entziehung nach positivem Drogenvortest 1897

Arbeitsgerichte

BAG 19.02.20 – 5 AZR 189/18
Leistungen nach TVöD aufgrund Haustarif-
vertrags – Betriebliche Übung 1900

Finanzgerichte

BFH 14.01.20 – VIII R 4/17
Offenbare Unrichtigkeit des Bescheids bei Einsatz
eines Risikomanagementsystems 1902

BFH 17.12.19 – VII R 18/17
Keine unentgeltliche Zuwendung durch Zahlungen
für gemeinsam bewohntes Haus (Ls.) 1904

Mit Beilage: NJW-Halbjahresregister I/2020

13. Jahrgang / Juni 2020 / Nr. 6

BFC

D3-745

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

WU
BFG-Entscheidungen aus erster Hand

Linde
www.lindeverlag.at

Interview

Univ.-Prof. Dr. Karoline Spies, WU Wien

BFG und Höchstgerichte

KESt bei Widerruf einer „Immobilienstiftung“

BFG und Auslandsbezug

(Keine) Beseitigung der Doppelbesteuerung

Ertragsteuern

Nachversteuerung bei Betriebsaufgabe

Beendigung einer Unternehmensgruppe

Nachzahlungen im abgespaltenen Teilbetrieb

Umsatzsteuer

Steuerbefreiung bei digitalen Unterrichtsleistungen

Zollkodex

Zeitlicher Anwendungsbereich der Erstattung

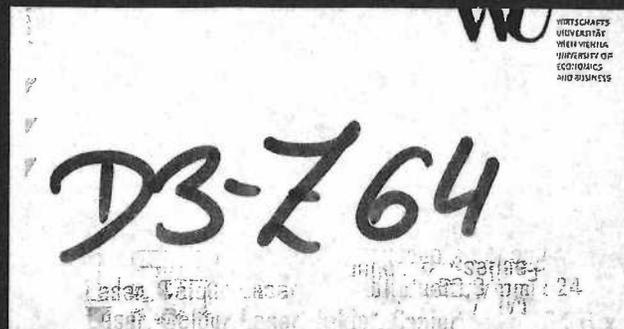
Inhalt

Auftakt	233
„Besonders wichtig ist mir, den Umsatzsteuerschwerpunkt an der WU weiter auszubauen“ Im BFGjournal zu Gast: Univ.-Prof. Priv.-Doz. Dr. <i>Karoline Spies</i> , WU Wien, im Gespräch mit Prof. Dr. <i>Angela Stöger-Frank</i>	235
Nachversteuerung bei Betriebsaufgabe innerhalb der Behaltefrist von Gewinnfreibetragswertpapieren (BFG 13. 1. 2020, RV/5100617/2018 – <i>Michael Mayer</i>)	240
BFG und Höchstgerichte: VfGH zur KEST bei Widerruf einer „Immobilienstiftung“ durch „Altstifter“ (VfGH 27. 11. 2019, E 5018/2018; BFG 25.10. 2018, RV/7101766/2017 – <i>Jan Knesl / Pavel Knesl / Michael Zwick-Pevny</i>)	243
Schätzung eines Gastronomiebetriebs bei Vorliegen von Formalmängeln (BFG 5. 3. 2020, RV/2100318/2015)	248
Beendigung einer Unternehmensgruppe durch gruppenfremde Abtretung bei Vorhandensein zweier Gruppenmitglieder (BFG 20. 12. 2019, RV/4100333/2018, RV/4100341/2018 – <i>Sylvia Auer / Franziska Uedl</i>)	249
Vorwerfbare Säumnis der Abgabenbehörde (BFG 23. 3. 2020, RS/7100012/2020)	255
Lohnsteuer-Nachzahlungen für Mitarbeiter eines abgespaltenen Teilbetriebes (BFG 14. 4. 2020, RV/7103400/2017 – <i>Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner</i>)	256
Wohnungsgebrauchsrecht als grunderwerbsteuerliche Gegenleistung (BFG 9. 4. 2020, RV/3100546/2019)	260
Steuerbefreiung bei digitalen Unterrichtsleistungen (Fernunterricht) (BFG 29. 4. 2020, RV/5101634/2019 – <i>Angela Stöger-Frank</i>)	261
BFG und Auslandsbezug: Keine Beseitigung der Doppelbesteuerung gemäß § 48 BAO mangels Einwendungen im Festsetzungsverfahren (BFG 27. 3. 2020, RV/7105894/2018 – <i>Renate Schohaj</i>)	263
Zeitlicher Anwendungsbereich der Erstattungsvorschriften der Art 116 ff UZK (BFG 20. 1. 2020, RV/1200017/2019 – <i>Thomas Bieber / Walter Summersberger</i>)	266
Wirksamkeit von Anbringen bei fehlender Genehmigung des Erwachsenenvertreters (BFG 5. 3. 2020, RS/5100002/2019)	268
Impressum	239

VOLUME 45 | NO.3 | JUNE 2020

EUROPEAN LAW REVIEW

SWEET & MAXWELL



EDITORS: Panos Koutrakos and Alicia Hinarejos

CONSULTANT EDITOR: Anthony Arnall

BOOK REVIEWS EDITOR: Thomas Horsley

EDITORIAL

Longing for Less Interesting Times? The German Federal Constitutional Court and the Supremacy of EU Law

ARTICLES

The New Directive on Work-Life Balance: Towards a New Paradigm of Family Care and Equality?

Álvaro Oliveira, Miguel De la Corte-Rodríguez and Fabian Lütz

A Threefold Blow to Environmental Public Interest Litigation: The Urgent Need to Reform the Aarhus Regulation

Giulia Claudia Leonelli

The "Puzzle" of EU Large-Scale Information Systems for Third-Country Nationals: Surveillance of Movement and Its Challenges for Privacy and Personal Data Protection

Niovi Vavoula

Process Review as Panacea: A Critique of Process Review Advocacy in the European Union

Andrew Woodhouse

European Law Review

Issue 3 June 2020

Table of Contents

Editorial

Longing for Less Interesting Times? The German Federal Constitutional Court and the Supremacy of EU Law 293

Articles

The New Directive on Work-Life Balance: Towards a New Paradigm of Family Care and Equality? 295
Álvaro Oliveira, Miguel De la Corte-Rodríguez and Fabian Lütz

A Threefold Blow to Environmental Public Interest Litigation: The Urgent Need to Reform the Aarhus Regulation 324
Giulia Claudia Leonelli

The “Puzzle” of EU Large-Scale Information Systems for Third-Country Nationals: Surveillance of Movement and Its Challenges for Privacy and Personal Data Protection 348
Niovi Vavoula

Process Review as Panacea: A Critique of Process Review Advocacy in the European Union 373
Andrew Woodhouse

Analysis and Reflections

The Right of Refugees and Beneficiaries of Subsidiary Protection to National Treatment in Social Assistance: An Extended Comment to *Ayubi* 396
Emanuela Pistoia

On the Practice of Amending or Supplementing EU Directives by EU Delegated Regulations 409
Richard Král

Too Little, Too Late? Brexit Day, Transitional Periods and the Implications of *MIB v Lewis* 415
James Marson and Katy Ferris

Commission v Council (Kazakhstan): The Subject-Matter Question in EU External Relations Law, or the Asymmetry of Article 40 TEU 427
Luigi Lonardo

Book Reviews 440

VOLUME 47 , ISSUE 2

MAY 2020

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z82

Legal Issues

of Economic Integration



Wolters Kluwer

LEGAL ISSUES OF ECONOMIC INTEGRATION

Volume 47

May 2020

Issue 2

Editorial

- From the Board: The EU–UK Future Relationship:
A Trade or Governance Agreement? 105

Articles

- Promoting Green Energy Through EU Preferential
Trade Agreements: Potential and Limitations *Itaria Espa &
Gracia Marín Durán* 115
- Internal Market *Acquis* as a Tool in EU External
Relations: From Integration to Disintegration *Marja-Liisa Öberg* 151
- Technology Transfer Contracts and the TRIPS:
Interpreting High and Low Consensus Norms *Arwel Davies* 179

ted
ten

lat: